

Rede anlässlich der antifaschistischen Demonstration in Husum am 21.
November 2009

Piratenpartei Schleswig-Holstein / Angelika Beer

Liebe Antifaschisten und Antifaschistinnen. Liebe Husumer, Liebe
Freundinnen und Freunde,

Wir Piraten in Schleswig-Holstein unterstützen den Aufruf zu der heutigen
zu einer friedlichen Demonstration um ein klares Signal gegen Rechts zu
setzen.

Nicht einfach so – nein, sondern weil es hier wie überall in unserem Land
auf die Umstrukturierung, die Neugründung von so genannten „Freien
Nationalisten“ und Kameradschaften nur eine Antwort geben kann:

Der Strategie der extremen Rechten, deren Ziel es ist, mit immer mehr
und immer offenerer Gewalt ihren Kampf um die Köpfe, ihren Kampf um
die Straße und im Kampf um die Parlamente durchzusetzen, widersetzen
wir uns mit breiten gesellschaftlichen Bündnissen – egal ob in Kiel, in
Neumünster oder hier in Husum.

Müssen wir noch begründen warum? Müssen wir noch begründen, warum
wir breite Netzwerke brauchen? Die Fakten der letzten Wochen sprechen
für sich: - lasst mich nur einige wenige nennen:

- Mitte Oktober beschlagnahmt das LKA bei zwei Razzien gegen
Neonazis in Flensburg, Nortorf, Niebüll und Tönning sechs
Maschinenpistolen und weitere Waffen und Munition
- 19. Oktober 2009, Husum, Rechtsradikale attackieren Menschen
beim Verlassen eines Lokals mit Schreckschusspistolen
- Mitte November: Die KAL, eine der größten Neonazi Bande in der
Region Aachen drohen Jugendlichen in Aachen mit dem Tod.
- Hamburg: Ebenfalls Mitte November: Nazi-Angriff auf Afrikaner –
dieser wurde lebensgefährlich verletzt.....

Und die Bundesregierung antwortet auf eine Anfrage der Fraktion „Die
Linke“, dass im September 2009 offiziell 1.488 Straftaten registriert
wurden, die rechtsextrem motiviert waren. Allein im September wurden
98 Gewalttaten ausgewiesen. Das heißt nichts anderes, als dass die
extreme Rechte immer häufiger körperliche Gewalt anwendet – sie wollen
national befreite Zonen erkämpfen und ausweiten- sie wollen
einschüchtern und sind bereit zu vernichten.

Jede und jeder, der von unserer Demokratie nicht nur profitieren sondern auch verteidigen will, ist aufgerufen, nicht nur von Zivilcourage zu reden sondern Bündnisse zu suchen, um Zivilcourage zu praktizieren. Jedes Stück Demokratie, das wir nicht aktiv verteidigen, droht zu einer Grauzone zu werden, die die extreme Rechte versucht zu besetzen.

Wir stehen heute hier – und setzen ein klares Signal gegen Rechts: Ja, die Mitte der Gesellschaft, das sind wir. Und wir geben keinen Fuß breit den Faschisten.

Es liegt aber nicht nur an uns, diese Grauzone hier und heute zu verhindern:

Wo sind die Mandatsträger der etablierten Parteien? Wo sind die VertreterInnen der CDU, FDP und Grünen? Was muss noch passieren, dass sie sich engagieren und Solidarisieren?

Aus der Vergangenheit lernen heißt aus Fehlern lernen: Solingen, Rostock, Lübeck, Mölln... Es geht schon längst nicht mehr um den bekannten Satz „wehret den Anfängen“. Diese Phase wurde in Schleswig-Holstein mit der niedrigsten Entnazifizierungsrate in Deutschland gar nicht erst erreicht. Es gilt also die Aussage „ Er ist fruchtbar noch der Schoß aus dem es kroch.

Es geht seit Jahren – und ganz aktuell heute - um die Verhinderung der Ausbreitung menschenverachtenden und rechtsextremistischen Gedankengute.

Dies zu bekämpfen allein reicht nicht aus. Demokratie und Freiheit zu verteidigen gelingt nur, wenn wir zugleich tolerant und solidarisch sind. Solidarisch auch mit potentiellen Opfern rechter Gewalt!
Die Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von CDU, SPD und Grünen, dafür zu sorgen dass „Randgruppen“ aus der Innenstadt fern gehalten werden, um das schöne Husum in seinem Ansehen nicht zu beschädigen, ist eine Art von politisch etablierten Rassismus, den wir nicht bereit sind zu akzeptieren.

Ist dies vielleicht sogar der Grund, warum unter dem Aufruf zur heutigen Demonstration zwar Jusos, Linke, Piraten und der SSW stehen – nicht aber CDU, FDP, SPD und Grüne?

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Antifaschisten,

ich möchte schließen mit einem Zitat des schwedischen Schriftstellers STIEG LARSSON (Vergebung)

„Die ...Demokratie baut im Kern auf einem einzigen Recht auf, nämlich der Meinungsfreiheit. Es ist das unveräußerliche Recht, zu sagen, zu denken und zu glauben, was man will. Diese Recht gilt für alle Staatsbürger, vom

primitivsten Neonazi bis zum Steine werfenden Anarchisten, und für alles was dazwischen liegt...Diese Freiheit bedeutet jedoch nicht, dass alles erlaubt ist, wie es gewisse Meinungsfundamentalisten , vor allem pädophilie und rassistische Gruppierungen, in der kulturpolitischen Debatte so gern ins Feld führen. Jede Demokratie hat ihre Grenzen, und die Grenzen der Meinungsfreiheit werden vom Pressegesetz geregelt. ... Es ist verboten, zu Verbrechen aufzufordern oder aufzuwiegeln. Es ist verboten, einen anderen Menschen in seiner Ehre zu beleidigen und zu verleumden. Und es ist verboten, gegen eine Volksgruppe zu hetzen.... Der Grundgedanke hinter dieser Gesetzgebung ist der , dass kein Mensch das Recht hat, einen anderen Menschen zu schikanieren oder zu erniedrigen“

Ich ergänze: diese Grundsätze sind völkerrechtlich verbindlich und Bestandteil

- Des Artikel 1 GG Die Würde des Menschen ist unantastbar,
- in der Grundrechtscharta der EU – und
- in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen.

Und deswegen demonstrieren wir Piraten heute mit Euch! Denn:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.
Null Toleranz für Rechtsextremisten.
